

Altbekannte Scheinargumente

Seniorennetzwerk ruft Bundestag an: „In Sachen Sachleistungen“ – CBN 1.753

Herzlichen Dank an die CBN für die ausführlichen Informationen zum Thema Pflegesachleistungen. In den Stellungnahmen von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen vermeidet man eine Aussage zur Thematik: Leistungen der Pflegeversicherung sind keine Sozialleistungen, sondern Ansprüche aus Versicherungsleistungen. Vielmehr begnügt man sich mit den altbekannten Scheinargumenten.

1. Man könne die Qualität der Pflege im Ausland nicht sicherstellen.

2. Der Europäischen Gerichtshof (EuGH) habe den „Export“ eindeutig verneint.

Zu Punkt 1.: Wer von einer Pflegequalität in Deutschland redet, der sollte sich mal mit dem Pflegekritiker und Bundesverdienstkreuzträger Claus Füssek unterhalten. Siehe auch sein Buch „Im Netz der Pflegemafia“. Siehe auch den Bericht im „Focus“ vom 18. April 2016: Milliarden-Schaden durch Pflege-Betrug. Das Betrugsmodell funktioniert, weil die Gesetzeslage wirksame Kontrollen verhindert.

Wie Rainer Fuchs richtig bemerkte, hatte man bei der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 noch gedacht, dass Leistungen daraus nur für Pflegebedürftige in Deutschland gelten sollten. Erst zwei Jahre zuvor war als Nachfolger der EWG die Europäische Union gegründet worden. Damit begann aber die Freizügigkeit in Europa und die Unionsbürgerschaft.

Pflege mit Sachleistungen in Spanien könnte sich zuerst auf einige „Ballungszentren“ wie die Costa Blanca konzentrieren. Diese könnten sicherlich besser als in Deutschland kontrolliert werden, und man kann Erfahrungen sammeln. Politiker könnten ihren Sprüchen wie „Man muss mehr Europa wagen“ nun Taten folgen lassen, denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Zu Punkt 2.: Die Aussage der Grünen bezieht sich vermutlich auf die Vertragsverletzungsklage der EU-Kommission gegen Deutschland, (Urteil C-562/10 von 2012). Aus diesem Urteil haben Rechtsexperten auch schon den Schluss gezogen, dass die EU-Kommission die Klage gewonnen hätte, wenn die Vorbereitung der Klage besser gewesen wäre. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.



Dass die SPD, die als erste Partei das Thema Gerechtigkeit in den Wahlkampf einbrachte, keine Stellung bezogen hat, spricht Bände für den derzeitigen Zustand der Sozialdemokraten. Als einzige Partei spricht sich Die Linke dafür aus, im Rahmen einer Pflegereform dieses Thema anzugehen.

Auszug aus den Petitionsregeln: Ergibt die Beratung im Petitionsausschuss, dass die Petition insgesamt oder teilweise begründet ist, fasst der Deutsche Bundestag auf Empfehlung des Petitionsausschusses einen entsprechenden Beschluss, der der Bundesregierung übermittelt wird. Dabei sind unterschiedlich weitreichende Beschlüsse möglich, mit denen die Bundesregierung aufgefordert wird, im Sinne der Petition tätig zu werden.

Wir hoffen darauf, dass der Petitionsausschuss das Anliegen von Zehntausenden von Rentnern ernst nimmt und eine entsprechende Empfehlung dem Deutschen Bundestag zuleitet. Wir bedanken uns bei allen Unterstützern, wir werden mit Hilfe der CBN weiter berichten und ganz sicher werden wir uns, wenn nötig, bis zum Bundesverfassungsgericht durchkämpfen.

PS: Am 1. August ist Mitzeichnungsschluss für die Petition Sachleistungen. Jede Stimme zählt.

Wolfgang von der Heide für das Seniorennetzwerk Dénia

Zu Ihrem Artikel „Petition für Pflege“ will ich auf die Stellungnahmen der Parteien eingehen. Es verwundert mich nicht, warum sich die CDU dagegen ausspricht. Die Union hat das gesamte Sozialsystem profitorientiert aufgebaut und damit gegen das Grundgesetz Artikel 20.1 verstoßen.

Die Begründung, dass der Medizinische Dienst im Ausland nicht prüfen kann, ist verlogen und falsch. Die Krankenkassen überprüfen die Pflegeleistungsansprüche sehr wohl im Ausland.

Speziell an der Costa Blanca ist das organisiert. Ich gehe davon aus, dass diese Regelung allgemeine Gültigkeit hat. Genauso verhält es sich mit der Feststellung des Pflegegrades. Herr Oleg Wecker überprüft für Kassen die Pflegeleistungsansprüche, Frau Dr. Görner die Einstufung in den Pflegegrad. Also hat die Ablehnung ei-

nen anderen Grund: Es mangelt der CDU/CSU an Sozialkompetenz. Sie fördern stattdessen das Sozialschmarotzertum. Sozialschmarotzer sind all die Personen, die sich auf Kosten der Gemeinschaft bereichern.

Das gesamte Sozialsystem darf nicht wirtschaftlichen Interessen dienen. Jeder Bürger ist verpflichtet, seinen Beitrag in die Solidargemeinschaft einzubringen. Private Vorsorge kann demnach nur zur Aufstockung dienen.

Beachtet man also die Vorgaben des Grundgesetzes, dann ist die Praxis der Ausführung gesetzlich strafbar. Moralisch strafbar ist sie, wenn ausgerechnet eine christliche Partei diese Ungerechtigkeiten verteidigt und fördert.

Ginge es dieser Partei wirklich um die Menschen, dann müsste sie christlich handeln und nicht im Sinne von Wohlstand und Gewinnmaximierung, sondern im Sinne der Zehn Gebote. Die wahre Politik ist nicht für die Menschen in Deutschland, Europa und anderen Staaten. Diese Politik dient einzig wirtschaftlichen Interessen.

Der CDU sind die Menschen fremd, ihre Welt besteht aus Lobbyisten. Wer keine Lobby hat, hat

Pech gehabt. Würde die CDU die Menschen wahrnehmen, könnten Sie ihrem christlichen Namen gerecht werden.

Es gäbe in den südlichen Ländern der EU – Griechenland, Italien, Spanien, Portugal – die Möglichkeit, eine Infrastruktur für die Gesundheits- und Pflegeversorgung aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen mit gerechter Entlohnung.

Das die Linke der Petition zustimmt ist nicht verwunderlich. Diese Punkte sind in dem Wahlprogramm der Linken festgeschrieben.

Gibt es eine Unterschriftenliste? Diese Internetaktion ist mir und wohl nicht nur mir zu kompliziert.

Hans-Jürgen Wolff Deveses

Dem im CBN-Artikel erwähnten mutigen Herrn Lothar Savall, der gegen die verweigerten Pflegesachleistungen den Klageweg beschritten hat, gebe ich Folgendes zu bedenken: Sollte das Bundessozialgericht per Vorlagebeschluss das Bundesverfassungsgericht anrufen wollen, um die konstitutionelle Kompatibilität der Sachleistungsverweigerung ins Ausland klären zu lassen, würde ich das ablehnen. Begründung: Die Rotroben in Karlsruhe ließen sich in der Vergangenheit zu Werkzeugen der Politiker machen.

Der auf der Weise der Hoffnung grasende, auf das „Wunder“ von Bundesverfassungsgericht und Bundespetitionsausschusses wartende Seniorennetzsprecher Klaus Buße wird erfahren müssen, dass deutschen Politikern mit ihren exorbitanten Diäten schon immer Rentner, ehemalige Tennisspieler, Rennfahrer oder Versicherungsmakler ein Dorn im Auge waren, weil selbige im Ausland residieren.

Freddy Weissmann Cartagena

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe zu kürzen. Aus den Zuschriften müssen der komplette Name, Adresse und Telefonnummer hervorgehen. Anonyme Briefe werden grundsätzlich nicht berücksichtigt.